

VOLKSHILFE: VIELE HABEN ANGST UM IHREN ARBEITSPLATZ, WOLLEN BESSERE ABSICHERUNG

Utl.: Fenninger sieht "deutliche Ergebnisse bei der aktuellen repräsentativen Volkshilfe Umfrage zum Arbeitsmarkt".

Das Volkshilfe Sozialbarometer erhebt in regelmäßigen Abständen die Einstellung der Menschen in Österreich zu sozialen Fragen. Aus Anlass des Tags der Arbeitslosen am 30. April hat SORA im Auftrag der Volkshilfe eine aktuelle, repräsentative Umfrage zur Arbeitsmarktsituation erstellt.

Menschen machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz

Die ArbeitnehmerInnen befinden sich im Krisenmodus. Arbeiter*innen mit geringer Ausbildung, junge Menschen, Frauen und Personen ohne fixe Anstellung sind mit den größten finanziellen Einbußen konfrontiert. „Mehr als 1/3 der Arbeitnehmer*innen macht sich Sorgen um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes. Nur 28% der Befragten machen sich „gar keine Sorgen“. Das ist ein echtes Alarmsignal für die Regierung“, stellt der Direktor der Volkshilfe Österreich im Rahmen der heutigen Pressekonferenz fest.

Befragte wollen bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit

Die Menschen wissen, dass die existenzielle Absicherung bei Jobverlust in Österreich mangelhaft ist. Insgesamt spricht sich eine klare Mehrheit, mehr als sechs von zehn Befragten bzw. 63%, dafür aus, dass das Arbeitslosengeld dauerhaft existenzsichernd von derzeit 55% auf 70% des Nettoeinkommens erhöht wird. Bei Befragten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind und bei Arbeiter*innen ist die Zustimmung zu dieser Forderung noch deutlich höher.

„Die Volkshilfe setzt sich schon lange für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ein, unsere repräsentative Studie bestärkt uns in dieser Forderung. Besonders jene, die bereits ihre Erfahrung mit Arbeitslosigkeit gemacht haben, stimmen der Forderung in einem extrem hohen Ausmaß zu. Denn sie wissen, dass man über einen längeren Zeitraum nicht von 55% des Letzteinkommens leben kann. Daher fordert die Volkshilfe Arbeitsminister Kocher auf, die Nettoersatzrate auf zumindest 70% zu erhöhen.“

Mehrheit für Arbeitszeitverkürzung

Die Pandemie hat den Paradigmenwechsel beschleunigt, 58% der Befragten halten angesichts der hohen Arbeitslosigkeit eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden für sinnvoll. Für Direktor Fenninger „sind zukunftsweisende Modelle gefragt, die Arbeit neu und sozial gerecht verteilen,

Menschen eine gesündere Work-Life-Balance ermöglichen und den ökologischen Fußabdruck reduzieren. Das ist das Gebot der Stunde“. Die Volkshilfe führt schon seit Jahren Sozialbarometer-Erhebungen in Kooperation mit SORA durch. Durch diese jahrelangen Studien kann eine steigende Tendenz der Zustimmung zur Arbeitszeitverkürzung festgestellt werden.

Klare Zustimmung zur höheren Entlohnung der Gesundheits- und Sozialberufe

Sie gelten als systemrelevant und sind einem hohen Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Die Pandemie hat auch in der breiten Bevölkerung mehr Verständnis für verbesserte Arbeitsbedingungen in diesem wichtigen Bereich ausgelöst, eine große Mehrheit von 94% fordert daher dringend eine bessere Entlohnung für Gesundheits- und Sozialberufe.

Für höhere Mindestlöhne

Im Niedriglohnsektor gibt es einen vergleichsweise hohen Anteil von Working Poor, von Menschen, die trotz Vollzeitarbeit armutsbetroffen sind. Es sind auch viele systemrelevante Jobs, die noch immer sehr schlecht entlohnt werden, beim weiblichen Reinigungspersonal ist die Lage mit einem Durchschnittsgehalt von 12.700 Euro brutto jährlich besonders prekär. „Generell spricht sich eine sehr starke Mehrheit von 88% der Menschen in Österreich für einen Mindestlohn von 1.750,- brutto für eine Vollzeitstelle aus. Das ist ein starker Auftrag für die Sozialpartner und die Regierung“, so Fenninger.

Frauenspezifische Förderprogramme ausbauen

Frauen trifft die Pandemie besonders stark: Sie arbeiten in den Branchen, in denen durch die Krise besonders große Einkommens- und Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen sind, wie im Gastgewerbe. Frauen stellen zudem weltweit etwa 70 Prozent der Arbeitskräfte im Gesundheits- und Sozialwesen, in dem sie einem größeren Risiko ausgesetzt sind an Covid-19 zu erkranken. Frauen verdienen nach wie vor eklatant weniger als Männer (rund 20%), ihre Pension ist im Durchschnitt nochmals deutlich geringer (um 40-50%). Mehr als acht von zehn Befragte (85%) sprechen sich für den Ausbau von frauenspezifischen Förderprogrammen aus, um Benachteiligungen abzubauen. Wenngleich die Zustimmung bei den befragten Frauen etwas höher ausfällt (91%), stimmen auch nahezu acht von zehn Männern (78%) dieser Aussage zu.

„Die Menschen haben Angst um ihren Arbeitsplatz, wollen eine bessere Absicherung und auch einen höheren Mindestlohn“, fasst Fenninger die Ergebnisse zusammen. „Es ist höchste Zeit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Existenzen von allen Menschen in Österreich abzusichern“, appelliert Fenninger abschließend an die Regierung.

Hinweise zur Studie und erhobene Fragen

Die veröffentlichten Studien-Ergebnisse widmen sich dem Thema „Arbeitsmarkt“ und beruhen auf 1.034 face-to-face Interviews österreichweit mit Personen ab 15 Jahren (Feldzeit von 4.3. bis 29.3.2021). Die maximale Schwankungsbreite für die dargestellten Ergebnisse liegt bei +/- 3,1%.

Für Rückfragen:

Erwin Berger, MAS
Leiter Kommunikation Volkshilfe Österreich
E: erwin.berger@volkshilfe.at
M: +43 676 83 402 215

Wien, 28.4.2021